



Gas-Förderanlage (in Katar)

ROHSTOFFE

Energieagentur warnt vor Gas-Kartell

Experten der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris kritisieren den Plan, eine „Gas-Opec“ nach dem Vorbild der Organisation erdölexportierender Staaten einzurichten. „Sollte es tatsächlich zu einem solchen Zusammenschluss kommen, würde dies die Marktmechanismen erheblich schwächen“, warnt IEA-Chefökonom Fatih Birol: „Das wären keine guten Nachrichten.“ Vorige Woche hatten sich die Förderländer Iran, Katar und Russland auf eine engere Koordination verständigt, zusammen verfügen sie über 55 Prozent aller Gas-Vorkommen. Auf mittlere Sicht könnte die Troika eine treibende Wirkung auf den Preis ausüben, befürchtet Birol. Zwar existierten auf dem Gas-Markt – anders als im Öl-Geschäft – viele langfristige Lieferverträge. Doch weil jedes Jahr Verträge ausliefen, wären die Förderländer in der Lage, peu à peu die Bedingungen zu ändern und sich abzustimmen. Allerdings könnte das Signal, das von einem Gas-Kartell ausgehe, zu einem „Eigentor“ für die Förderländer werden, meint Birol. Verbraucherländer würden es sich dann gut überlegen, ob sie ein Gas-Kraftwerk errichten oder lieber auf Kohle, Atomkraft oder erneuerbare Energien setzen.

EU-RECHT

Brüssel kippt VW-Gesetz

Mit seinem VW-Gesetz eckt Deutschland erneut in Brüssel an. Auch in seiner neuen Fassung verstößt das Gesetz, das dem Land Niedersachsen eine Sperrminorität bei Europas größtem Autokonzern sichert, gegen EU-Recht. Einen entsprechenden Bescheid will die EU-Kommission auf Antrag des zuständigen irischen Kommissars Charlie McCreevy voraussichtlich am Mittwoch kommender Woche fassen. Berlin hat dann eine letzte Chance, die Brüsseler mit neuen Argumenten umzustimmen. Andernfalls wird Brüssel gegen das Gesetz erneut vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) klagen. Der hatte schon vor einem Jahr das Vetorecht Niedersachsens bei VW verworfen. Kippt der EuGH auch das novellierte Gesetz, wären hohe Strafzahlungen die Folge, bis Berlin nachgibt. In Brüssel geht man mittlerweile aber davon aus, dass die Bundesregie-



Merkel, Barroso

rung keinen Widerstand mehr leistet. So habe Kanzlerin Angela Merkel beim Gipfeltreffen Mitte Oktober in Paris zwar EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf das Verfahren angesprochen. Sie habe ihn aber lediglich darum gebeten, die für den 16. Oktober terminierte Kommissionsentscheidung zu verschieben. Das leidige Thema kollidiere sonst mit dem EU-Gipfel und der Suche nach einem gemeinsamen Weg aus der globalen Finanzkrise.

unentgeltlich
0,00 €*

Postbank Giro plus,
das kostenlose Girokonto*

*Kostenloses Girokonto für alle Privatkunden mit monatlichem bargeldlosem Geldeingang ab 1.250 Euro, ansonsten 5,90 Euro pro Monat. Angebot freibleibend.

günstlich
schon ab
4,44%*

Postbank
Privatkredit

*Effektiver Jahreszins ab 10.000 Euro bei 12 Monaten Laufzeit. Bonitätsabhängig. Angebot freibleibend.

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de
- 0180 3040500 (9 Cent/Min.)**
- Postbank Finanzcenter
- Postbank Finanzberatung, 0180 3020888 (9 Cent/Min.)**, gerne auch bei Ihnen zu Hause

 Postbank

** Die Preise beziehen sich auf Anrufe aus dem Festnetz der Deutschen Telekom, ggf. abweichende Mobilfunktarife.